

Pressemitteilung

**Deutscher
Gewerkschafts-
bund**

**DGB-Region
Frankfurt-Rhein-
Main**

Abt. Vorsitzender
20.04.2010

DGB: Frankfurter Brückenbauprojekte stoppen

Der DGB hatte den zuständigen Ausschuss im Römer vor dessen Sitzung am gestrigen 21. April gebeten, die geplanten Brückenprojekte in der jetzigen Form als PPP-Projekte zu stoppen. Wir wollen angesichts schwerwiegender Einwände auf diese Weise Zeit für neue zukunftsfähige Überlegungen gewinnen.

Denn mit den Projekten in der vorgesehenen Form würden erhebliche Haushaltsmittel für 30 Jahre der weiteren politischen Einflussnahme entzogen. Dies hängt, so führten wir aus, mit der Struktur der öffentlich privaten Partnerschaft zusammen, an denen die beteiligten Grossunternehmen und insbesondere die Banken über einen möglichst langen Zeitraum verdienen wollen.

Das wäre selbst dann problematisch, wenn damit erhebliche finanzielle Vorteile für die Stadt Frankfurt verbunden wären. Diese Vorteile sind aber bisher bei ÖPP-Projekten nicht nachgewiesen worden. Im Gegenteil: Bereits für das erste PPP-Projekt „Bildungszentrum \square stend“ hatte das Frankfurter Revisionsamt errechnet, dass es teurer kommen würde als Bau und Betrieb in Eigenregie.

Auch bei dem größeren der beiden PPP-Projekte im benachbarten Landkreis Offenbach, das nur über 15 Jahre abgeschlossen wurde, laufen die veranschlagten Kosten davon (von 52 Mio € auf 73 Mio € jährlich), sodass das PPP-Projekt die Kommunen nicht 18,75% günstiger kommen dürfte, wie zu Beginn behauptet, sondern bereits nach sechs Jahren Laufzeit um 8,5% teurer.

Auch in Bezug auf das vorliegende 500-Millionen-Brücken-Projekt weist das Frankfurter Revisionsamt ausdrücklich darauf hin, dass Sanierung und \square nterhaltung in Eigenregie deutlich preiswerter seien als die Vergabe als ÖPP-Projekt und rät von einer Beschlussfassung des Projekts ab. \square nsere Sorge ist, dass die Stadt mit dem ÖPP-Projekt Gestaltungsvorteile der Kommune aus der Hand gibt und Privaten überlässt.

Den vom Magistrat genannten Vorteil einer beschleunigten Realisierung sieht das Revisionsamt ebenso wenig wie den eines erhöhten Anteils mittelständischer \square nternehmen. Mit dem 500-Millionen-Projekt würden auch nur 37% der städtischen Brückenbauwerke saniert, was einen Druck auf weitere ÖPP-Projekte nach sich ziehen könnte.

Mit dem Finanzprodukt ÖPP ist immer eine Aushöhlung der kommunalen Demokratie und der Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger verbunden, weil prinzipiell aus Gründen des Vorrangs des privaten Vertrags- und Wettbewerbsrechts und des damit verbundenen Datenschutzes dem Parlament entscheidende Daten vor-enthalten werden.

Verantwortlicher Redakteur:
Harald Fiedler

Wilh.-Leuschner-Str. 69-77
60329 Frankfurt am Main

Telefon 069/273005
-71/-72
Telefax 069/273005-79
E-Mail:
Frankfurt-Main@dgb.de

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Material

**Deutscher
Gewerkschafts-
bund**

**DGB-Region
Frankfurt-Rhein-
Main
Abt. Vorsitzender**

PM / Seite 2
10.05.10

Der DGB würde es aus all diesen Gründen begrüßen, wenn Magistrat und Stadtverordnetenversammlung sich stattdessen mit dem in zahlreichen Städten und Kreisen erfolgreich beschrittenen Weg der Rekommunalisierung beschäftigen würden. Der DGB könnte dazu mit seinen Erfahrungen beitragen.